Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Volkmar Halbleib SPD**

vom 20.07.2016

- mit Drucklegung -

Konsequenzen aus dem Attentat von Würzburg

Vor dem Hintergrund der schrecklichen Axt- und Messerattacke eines 17-Jährigen im Regionalzug von Treuchtlingen nach Würzburg am 18. Juli 2016 frage ich die Staatsregierung:

1. Welche Schlüsse und Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den Ereignissen vom 18. Juli 2016 und welche konkrete Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Attentate plant sie?

a) Welche Konzepte verfolgt die Staatsregierung gegen die Radikalisierung durch islamistische Ideologien, insbesondere welche Möglichkeiten sieht sie, der schnellen und kurzfristigen Radikalisierung wie sie bei dem Attentäter von Nizza bzw. bei der Attacke von Würzburg zu Tage traten, entgegen zu treten?

b) Welche Maßnahmen, sowohl aus präventiver als auch aus repressiver Sicht, verfolgt die Staatsregierung bei der Überwachung einschlägiger Online-Angebote?

2. Kann in der nachträglichen Betrachtung des Falles des Attentäters vom 18. Juli 2016 davon ausgegangen werden, dass bei dessen Betreuung seit seiner Einreise in die Bundesrepublik alle notwendigen erkennungsdienstlichen, psychosozialen und fürsorgerechtlichen Maßnahmen erfolgt sind?

3. Welche Ansatzpunkte sieht die Staatsregierung, die psychosoziale Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu verbessern bzw. das Verfahren zu optimieren?

4. Welche Maßnahmen plant die Staatsregioerung, um die psychsoziale Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen so zu verbessern, dass solche Haltungen oder Ausnahmesituationen wie sie offensichtlich beim Attentäter von Würzburg zu Tage getreten sind, rechtzeitig erkannt werden?

5. Im Fall von Heidingsfeld scheint eine zufällige räumliche Nähe eines anderen SEK-Einsatzes zu dem schnellen Eingreifen und zur Verhinderung weiterer Übergriffe geführt zu haben. Wie will die Staatsregierung gewährleisten, dass im Falle solcher Attentate schnellstmöglich SEK-Einheiten der Polizei zum Einsatz kommen?

BayernSPD Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2050
Fax: 089 - 4126 1351
bayernspd-landtag.de
info@bayernspd-landtag.de

a) Plant die Staatsregierung eine Erhöhung der Personalstärke der bestehenden SEK-Einheiten?

b) Plant die Staatsregierung über die beiden bestehenden SEK-Standorte in Nürnberg und München hinaus, weitere SEK-Einheiten an weiteren Standorten im Freistaat zu stationieren?

6. Welche Erfahrungen kann das, am 1. September 2015 beim Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtete „Kompetenzzentrum für Deradikalisierung“ zur Verhinderung solcher Straftaten wie am 18. Juli 2016 verübt, einbringen?